

Wahlen auf den Philippinen: Viel Kontinuität, etwas Wandel und eine geschwächte Präsidentin

Howard Loewen

Am 14. Mai 2007 wurden auf den Philippinen Parlaments- und Lokalwahlen durchgeführt. Während die Regierungskoalition ihre Mehrheit im Repräsentantenhaus behaupten konnte, beherrschen nun Oppositionsparteien den Senat.

Analyse:

Eine schlechte politische Leistungsbilanz, mangelnde demokratische Legitimierung, Vorwürfe der Wahlmanipulation und Vetternwirtschaft haben dem Ansehen der Präsidentin geschadet und kommen im Wahlergebnis zum Ausdruck.

- Mit der Mehrheit im Senat kann die Opposition Gesetzesvorhaben der Regierung effektiver blockieren, was den Handlungsspielraum der Präsidentin verkleinern wird.
- Die Regierungskoalition kontrolliert nach wie vor das Repräsentantenhaus. Ferner war der Wahlkampf erneut von politisch motivierter Gewalt geprägt.
- Das Sozialprofil beider Kammern wird wie in der Vergangenheit von der Oligarchie dominiert. Die Entsendung von Parteilistenvertretern und Mandatsträgern, die nicht der Elite entstammen, bleibt die Ausnahme.

Key words: Philippinen, Arroyo, Wahlen, Senat, Repräsentantenhaus, Oligarchie

1. Einleitung

Am 14. Mai 2007 wurden auf den Philippinen Parlaments- und Lokalwahlen durchgeführt. Zu vergeben waren die Hälfte der Sitze des Senats und alle Sitze des Repräsentantenhauses. Darüber hinaus wurden die Positionen der Gouverneure und Bürgermeister sowie aller Provinz-, Stadt- und Gemeinderäte zur Wahl gestellt. Die aus zwei Kammern bestehende Legislativkörperschaft, auch Kongress genannt, setzt sich aus dem 24-köpfigen Senat und dem Repräsentantenhaus mit maximal 250 Abgeordneten zusammen. Die Mitglieder des Senats werden landesweit mittels relativer Mehrheitswahl bestimmt, 80 Prozent der Mandate des Repräsentantenhauses werden in lokalen Einerwahlkreisen vergeben. Die übrigen 20 Prozent der Sitze sind für marginalisierte gesellschaftliche Gruppen vorgesehen. Ihre Vertreter werden nach Verhältniswahl über Parteilisten ins Parlament gewählt. Die Amtsperiode der Senatoren ist auf sechs Jahre festgelegt, die der Repräsentanten auf drei Jahre. Durch die sechsjährige Amtsperiode und die Neuwahl von jeweils der Hälfte der Senatoren nach drei Jahren – die zwölf Senatoren mit der höchsten Stimmenzahl verbleiben sechs, die mit weniger Stimmen drei Jahre im Amt – sollte eine kontinuierliche politische Arbeit des Parlaments gewährleistet werden.

Anders als bei den allgemeinen Wahlen im Jahre 2004 konnte die Regierungskoalition TEAM (Together Everyone Achieves More) Unity nur eine Mehrheit im Repräsentantenhaus, nicht aber im Senat erreichen. Hier konnte sich die Oppositionskoalition GO (Genuine Opposition) durchsetzen. Mit der Wahl zweier ehemaliger Offiziere in den Senat, die 2003 gegen die Präsidentin geputscht hatten, wurde Arroyo regelrecht abgestraft. Wie ist dieses Wahlergebnis zu erklären? Das Hauptargument lautet, dass es der Präsidentin aufgrund von Korruptionsvorwürfen und Verdacht auf Wahlmanipulation sowie wegen der demokratieschädigenden Folgen der Notstandsaufrufung im Februar 2006 nie gelungen ist, eine breite Unterstützung in der Bevölkerung aufzubauen. Vielmehr zeigt das vorliegende Wahlergebnis ein Erstarken der Opposition und einer kritischen Öffentlichkeit. Infolgedessen werden die langsam greifenden Reformen insbesondere in der Steuer- und Haushaltspolitik kaum wahrgenommen.

2. Die Situation vor den Wahlen – Politische Instabilität und mangelnde Legitimierung

2.1. Der Vorwurf mangelnder Legitimierung

Am 24. Juni 2004 erklärte der philippinische Kongress Gloria Macapagal-Arroyo offiziell zur Siegerin in den Präsidentschaftswahlen. Präsidentin Arroyo wurde für volle sechs Jahre ermächtigt, die Philippinen zu regieren. Die ersten drei Jahre der Präsidentschaft Arroyos standen im Zeichen von Bemühungen, ihre Position als umstrittene Nachfolgerin von Joseph Estrada zu halten, der nach schweren politischen Unruhen durch eine verfassungsrechtlich umstrittene Entscheidung im Januar 2001 seines Amtes enthoben wurde. Gewaltsame Protestaktionen von Estrada-Anhängern im April 2001, die zur Ausrufung einer Vorstufe des Kriegsrechtes („state of rebellion“) führten, und der gescheiterte Putschversuch einer Gruppe von Armeeoffizieren im Juli 2003 waren mithin Manifestationen des Widerstands gegen eine Präsidentschaft ohne klares politisches Mandat. Den in der öffentlichen Wahrnehmung und in Teilen der politischen Klasse weit verbreiteten Vorwurf mangelnder demokratischer Legitimierung begegnete die Regierung Arroyo mit einer interessenausgleichenden und somit populistischen Politik. Diese politische Strategie hatte eine schwache wirtschafts- und finanzpolitische Leistungsbilanz im Zeitraum zwischen 2001 und 2004 zur Folge: So verzichtete man auf einschneidende strukturpolitische Maßnahmen zur Anhebung der latent niedrigen Investitionsrate und zum Abbau des strukturellen Haushaltsdefizits.

Demgegenüber kann die letztlich klare demokratische Legitimierung Arroyos durch die Wahlen im Mai 2004 zunächst als stabilisierender Faktor im Konsolidierungsprozess der philippinischen Demokratie gesehen werden. Mit der Mehrheit in beiden Häusern des philippinischen Kongresses hatte Arroyo alle Möglichkeiten, die Grundlage für eine erfolgreiche politische Bilanz zu schaffen. Dass die Präsidentin erst in der zweiten Hälfte des Jahres 2006 ihr Steuerprogramm auf den Weg bringen konnte, lag u. a. daran, dass eine informelle Koalition aus reformfeindlichen Kräften aus allen politischen Lagern den ursprünglichen Gesetzentwurf stark verwässerte. Erst ein höchstrichterlicher Beschluss erklärte die Inkraftsetzung für rechtskräftig. Die bislang positive Bilanz der neuen Finanzpolitik schlägt sich u. a. in einem erhöhten Steueraufkommen nieder, das dem Staat einen massiven

Defizitabbau ermöglicht und zudem mehr Handlungsspielräume erschließt.

2.2. *Der Vorwurf der Wahlmanipulation*

Ein wesentliches Argument der Opposition gegen die Präsidentin ist der Vorwurf der Wahlmanipulation: Mit der Mehrheit der Regierungsanhänger beschloss am 31. August 2005 der Justizausschuss der philippinischen Legislativkörperschaft in Manila, den mit Vorwürfen des Wahlbetrugs begründeten Antrag zur Amtsenthebung von Präsidentin Arroyo abzulehnen. Damit ging die bislang schwerste Krise der philippinischen Regierung zu Ende. Nach ihrem Eingeständnis, während der Stimmenauszählung nach den Präsidentschaftswahlen im Juli 2004 Telefongespräche mit einem Vertreter der Wahlkommission geführt zu haben, geriet Arroyo unter massiven öffentlichen und politischen Druck. Die veröffentlichten Mitschnitte der Gespräche erhärteten den bereits im Vorfeld artikulierten Verdacht der Wahlmanipulation seitens der Präsidentin. Ähnliche Vorwürfe waren u. a. Auslöser für Massenproteste gegen Ferdinand Marcos (People Power 1), die schließlich zu seinem Sturz im Jahre 1986 und der Machtübernahme durch Corazon Aquino führten. People Power 2 im Jahre 2001 führte zur Amtsenthebung Estradas und endete mit der Vereidigung Arroyos als Präsidentin. Ein Hauptvorwurf gegen Estrada war, er habe sich an illegalen Glücksspielgeschäften bereichert, ähnlich wie Arroyos Mann José Miguel Arroyo und ihr Sohn Juan Miguel Arroyo. People Power 3 kam jedoch nie zustande, da das Militär und die Kirche sich nicht an den aufkeimenden Protesten beteiligten. Beide Gruppen sind als Bedingungsfaktoren für erfolgreiche Volksaufstände in den Philippinen zu sehen.

2.3. *Verhängung des Ausnahmezustands*

Genau 20 Jahre nachdem der Diktator Ferdinand Marcos durch eine demokratische Revolution zur Aufgabe seines Amtes gezwungen worden war, verhängte die Präsidentin der Philippinen Gloria Macapagal-Arroyo nach Hinweisen auf Umsturzpläne einer „taktischen Allianz“ aus Militärs und Linksextremisten vom 24. Februar bis zum 3. März 2006 den Ausnahmezustand über die Philippinen. Auf der Grundlage der Proklamation Nr. 1017

wurden Demonstrationen untersagt, der Rebellion verdächtige Personen festgesetzt und regierungskritische Medien überwacht oder an ihrer Arbeit gehindert. Die Verhängung des Ausnahmezustands ist als eine weitgehend verfassungsgemäße Reaktion auf einen geplanten Putsch zu sehen. Nachdem zivilgesellschaftlicher Protest im Verein mit dem Militär als extralegales Mittel der *Machtenthebung*, kurz: People Power, offenbar ausgedient hat, besteht jedoch die Gefahr, dass der Ausnahmezustand zum letzten Instrument des *Machterhalts* insbesondere schwacher Regierungen avanciert. Dies könnte zu einer schleichenden Erosion demokratischer Prozesse und Institutionen führen. Gerade diese Befürchtung beherrscht die öffentliche Meinung in der Beurteilung der Folgen des Ausnahmezustands.

3. **Die Wahlergebnisse – Wandel und Kontinuität**

3.1. *Allianzen und Koalitionen*

Die derzeitige politische Landschaft lässt sich nur verstehen, wenn man einen Blick auf die beiden stärksten politischen Koalitionen wirft:

Zum einen ist die Koalition Together Everyone Achieves More (TEAM) Unity zu nennen. Sie vereint Lakas-Christian-Muslim Democrats (Lakas-CMD), Coalition of Administrative Political Party (CAPP), Kabalikat ng Malayang Pilipino (Kampi), Nationalist People's Coalition (NPC), Laban ng Demokratikong Pilipino (LDP) und Partido Demokratiko Sosyalista ng Pilipinas (PDSF). Die Regierungskoalition wurde erst im Februar in Cebu gegründet. Ihr erklärtes Ziel war es, die Mehrheit der Arroyo-Unterstützer in beiden Häusern zu bekommen, um Amtsenthebungsverfahren zu erschweren und Gesetzgebungsverfahren zu erleichtern.

Zum anderen versammelten sich die Oppositionsparteien im Juni 2005, um Arroyo durch ein entsprechendes Verfahren des Amtes zu entheben. Das zunächst als United Opposition an die Öffentlichkeit getretene Bündnis änderte am 15. Februar 2007 seinen Namen in Genuine Opposition (GO). Insgesamt sind zurzeit die Parteien United Opposition (UNO), Liberal Party, Nacionalista Party, Nationalist People's Coalition, Aksyon Demokratiko, PDP-Laban, Puwersa ng Masang Pilipino (PMP) und weitere kleinere Gruppierungen in der GO vereint.

Diese Bündnisse sind äußerst fragil, sie werden von oben herab gegründet und wieder gespalten. So ist zu erklären, dass die endgültige Sitzverteilung im philippinischen Kongress noch nicht vorliegt. Dies rührt von der Neigung vieler Abgeordneter, ihre politische Orientierung nach den Wahlen – zumeist in Richtung der siegreichen Koalition – durch spontane Parteiübertritte („turncoatism“) grundsätzlich neu zu bestimmen. Das strategische Kalkül einzelner Politiker und nicht Parteiräson ist ein signifikanter Bestimmungsfaktor philippinischen Abgeordnetenverhaltens. Faktionalismus und mangelnde Parteidisziplin behindern die Stabilisierung von Parlamentsmehrheiten. Da informelle Absprachen vor versachtlichten Beziehungen rangieren, ist die parlamentarische Willensbildung intransparent und unübersichtlich.

3.2. Wandel – Verlust der Regierungsmehrheit im Senat

Im Jahre 2004 konnte sich Arroyos damalige Koalition K4 noch klar durchsetzen. Die darin versammelten Lakas-CMD, Liberale Partei und kleinere Parteien konnten sieben von zwölf zu vergebenen Mandaten erringen. Die Senatswahlen im Mai 2007 zeigen eine völlig andere Situation (siehe Tabelle 1): Nur zwei Kandidaten der Regierungskoalition, Joker Arroyo (Kampi) und Edgardo J. Angara (LDP),

konnten Sitze erringen, die übrigen zehn Sitze fielen an die Oppositionsparteien – ein erdrutschartiger Sieg für die Gegner Arroyos. Die Präsidentin muss insbesondere schmerzen, dass zwei ehemalige systemoppositionelle Putschisten und Mitglieder der philippinischen Streitkräfte, Gregorio „Gringo“ Honasan und Antonio Trillantes, ohne Wahlkampfanstrengungen in den Senat gewählt wurden.

Ferner ist bemerkenswert, dass ein unabhängiger Kandidat ohne politische Maschinerie zum Gouverneur in Arroyos Heimatprovinz gewählt wurde. Der Priester Panlilio besiegte die beiden Regierungskandidaten Pineda (Kampi) und Lapus (Lakas-CMD). Dieses Ergebnis zeigt u. a., dass sich klientelistische Politik in diesem Wahlgang nicht flächendeckend durchsetzen konnte. Die Mehrheit der Sitze ging dennoch an Vertreter oligarchischer Interessen.

3.3. Kontinuität – Politische Gewalt, oligarchische Dominanz und Regierungsmehrheit im Parlament

Im Gegensatz zum Senat konnte die Regierungskoalition die Mehrheit im Repräsentantenhaus behaupten. Aus heutiger Sicht kann lediglich die tentative Aussage getroffen werden, dass die Regierung eine Mehrheit von 60-70 Prozent aller Sitze im Parlament auf sich vereinen wird. Insbesondere

Tabelle 1: Ergebnis der Senatswahlen

Position	Kandidat	Partei	Anzahl der Stimmen
1	Legarda, Loren	Nationalist People's Coalition	18.343.848
2	Escudero, Francis	Nationalist People's Coalition	18.094.037
3	Lacson, Panfilo	United Opposition	15.441.623
4	Villar, Manuel	Nacionalista Party	15.186.848
5	Pangilinan, Francis	Liberal Party	14.413.921
6	Aquino, Benigno S.	Liberal Party	14.232.868
7	Angara, Edgardo	LDP (Laban ng Demokratikong Pilipino)	12.397.685
8	Cayetano, Alan	Nacionalista Paty	11.734.745
9	Arroyo, Joker	Kampi (Kabalikang Ng Malayang Pilipino)	11.544.264
10	Honasan, Gregorio	Independent	11.468.951
11	Trillantes, Antonio	United Opposition	11.134.570
12	Pimentel, Auilinio	PDP-Laban	10.861.888

Quelle: Zusammengestellt nach Angaben des philippinischen Kongresses (www.congress.gov.ph).

die Parteien Kampi und Lakas-CMD werden die größte Zahl von Mandatsträgern stellen (siehe Tabelle 2). Da das offizielle Endergebnis noch nicht vorliegt und die inoffiziellen Parteiübertritte noch voll im Gange sind, ist das Rennen der beiden Parteien um den begehrten Parlamentvorsitz noch nicht entschieden. Hier geht es darum, ob der bisherige Sprecher des Abgeordnetenhauses, José de Venecia (Lakas-CMD), seine Amtszeit verlängern kann oder ob sein Herausforderer, Pablo R. García (Kampi), den Sieg davonträgt.

Tabelle 2: Ergebnis der Parlamentswahlen

Position	Partei
1	Lakas-CMD (TEAM)
2	Kampi (TEAM)
3	Liberal (TEAM)
4	GO/Nacionalista
5	NPC (TEAM)

Quelle: Zusammengestellt nach Angaben des philippinischen Kongresses (www.congress.gov.ph).

Aus dem Ergebnis der Parteilistenwahl (siehe Tabelle 3) geht hervor, dass wie im Jahre 2004 eine breite Vielfalt an zivilgesellschaftlichen Interessen im Parlament vertreten sein wird. So treten beispielsweise die maoistische Bayan Muna für Fragen der Gerechtigkeit und Gabriela für die Gleichberechtigung von Frauen ein, BUTIL und AGAP konzentrieren sich auf landwirtschaftliche Fragen, CIBAC nimmt sich der Korruption an. Im Unterschied zu den etablierten Parteien können die über das Parteilistensystem ins Parlament gewählten Repräsentanten der Zivilgesellschaft aufgrund zweier Sperrklauseln keine Mehrheit im Parlament erringen: Erlangt eine Parteiliste zwei Prozent der Sitze, so erhält sie einen Sitz. Es können jedoch nur drei Sitze oder höchstens sechs Prozent erzielt werden. Insgesamt können alle Parteilisten maximal 20 Prozent der Parlamentssitze erlangen. Gleichzeitig versuchen nun die etablierten Parteien ihrerseits Parteilisten zu gründen, um Mehrheitsverhältnisse durch die Hintertür zu beeinflussen. Man geht davon aus, dass rund ein Drittel der 93 zugelassenen Listen (Friedrich-Ebert-Stiftung 2007) von der Oligarchie finanziert werden und deshalb nur formal „gesellschaftliche relevante“ Parteilisten sind.

Kontinuität im politischen Prozess der Philippinen bedeutet trotz einiger Ausnahmen auch die Fortsetzung der Dominanz oligarchischer Interessen im Senat und im Repräsentantenhaus. Aus einer Studie (Hanns-Seidel-Stiftung 2007) geht u. a. hervor, dass in vielen Fällen direkte Familienangehörige politischer Repräsentanten den Weg in die Politik gefunden haben: So wurden Söhne und Töchter aus politischen Clans in Makati City, in den Provinzen Bataan und Tarlac, den Städten Davao City und Valenzuela in die politischen Arenen gewählt. Die Namen Aquino, Escudero, Romualdez, Lopez etc. verdeutlichen die Bestandsmächtigkeit politischer Clans in der philippinischen Politik. Da Abstammung in den Philippinen mit politischem und ökonomischem Einfluss korreliert, ist davon auszugehen, dass die Sprösslinge dieser Familien politischen Einfluss zugunsten ihrer Familien und somit ihrer gesellschaftlichen Schicht ausüben werden.

Im Vorfeld der Wahlen und am Wahltag wurden rund 127 Menschen getötet und 148 verwundet. Politische Gewalt in Wahlzeiten ist ein ständiges Merkmal des politischen Prozesses in den Philippinen, wo materielle Interessen einer kleinen Elite mit allen Mitteln durchgesetzt werden. Im Vergleich zum Jahre 2004 sind jedoch etwas weniger Tote zu beklagen. Die philippinische Wahlkommission und die Polizei sprechen insgesamt von korrekten und ruhigen Wahlen. Dass diese Einschätzung nicht unbedingt zutrifft, zeigen nicht nur die zahlreichen Toten, sondern auch Wahlverzögerungen auf Mindanao, wo aufgrund des Verdachts von Unregelmäßigkeiten in einem Bezirk die Wahlen wiederholt werden.

4. Ausblick – Wahlen als Spiegelbild informeller Politik

Ob es aufgrund der verlorenen Mehrheit im philippinischen Senat zu einer vollständigen Blockade kommen wird, ist fraglich. Denn eine Blockade von Gesetzesvorhaben richtet sich nicht an der Parteizugehörigkeit aus, sondern an den partikularen Interessen einzelner Abgeordneter. Dabei behalten einflussreiche politische Familien meistens die Oberhand. Kollektive, der Allgemeinheit dienliche Ziele bleiben folglich häufig auf der Strecke. Daran ändert die Entsendung von Schauspielern, Priestern, Oppositionskandidaten und Vertretern sozialreformerischer Bewegungen in den philippinischen Kongress zunächst nichts.

Tabelle 3: Ergebnis der Parteilistenwahl

Position	Partei	Anzahl der Stimmen	Stimmenanteil (%)	Sitze
1	Buhay	1.139.069	7,86	3
2	Bayan Muna	945.468	6,52	3
3	CIBAC	744.674	5,14	2
4	Gabriela	590.334	4,07	2
5	APEC	510.635	3,52	1
6	A Teacher	462.599	3,19	1
7	Akbayan	444.005	3,06	1
8	Alagad	419.586	2,89	1
9	BUTIL	404.667	2,79	1
10	BATAS	379.390	2,62	1
11	Coop-Natco	359.204	2,48	1
12	Anak Pawis	353.616	2,44	1
13	Abono	334.227	2,30	1
14	AGAP	321.688	2,22	1
15	ARC	313.806	2,16	1

Quelle: Zusammengestellt nach Angaben der Commission on Elections (www.comelec.gov.ph).

Ob das politische System der Philippinen ferner genügend Stabilität und Effizienz erlangen kann, um gesellschaftlichen und politischen Druck institutionell aufzufangen, ist somit nicht so sehr eine Frage des Regierungssystems. Vielmehr ist die Effektivität und Effizienz des politischen Systems abhängig vom Durchsetzungsgrad informeller Politik. Reformunwillige politische Eliten mit starken Eigeninteressen umgehen staatliche Institutionen und nehmen diesen damit ihre Funktion. Die Folge ist ein relativ schwacher Staat, der gegenüber Einzelinteressen nur wenig Durchsetzungskraft besitzt und somit seine Handlungskapazitäten nie voll ausschöpfen kann (Loewen 2001).

kratie in den Philippinen, in: Christiane Frantz/Norbert Konegen (Hrsg.): *Entwicklungsperspektiven in Asien und Afrika*, Münster, S. 221-244. *Südostasien aktuell (2004-2007): Laufende Berichterstattung über die Politik der Philippinen.*

Literatur

Friedrich-Ebert-Stiftung (2007): *Nach der Wahl ist vor der Wahl – Philippinische Politik zwischen Stillstand, Regression und dem nächsten Wahlkampf* (www.fes.de/international/asien).

Hanns-Seidel-Stiftung (2007): *Die Wahlen auf den Philippinen*, Online-Bericht (www.hss.de/downloads/Philippinen_Wahlen.pdf).

Loewen, Howard (2001): *Informelle Institutionen und die Entwicklungsperspektiven der Demo-*

■ Der Autor

Dr. Howard Loewen ist wissenschaftlicher Referent am GIGA Institut für Asien-Studien für Politik und Wirtschaft Südostasiens mit den Länderschwerpunkten Philippinen, Singapur und Vietnam. Er behandelt im Forschungsschwerpunkt 3 „Transformation in der Globalisierung“ die Themen Institutional Interplay, regionale ökonomische Integration und Kooperation in Ostasien, Interregionalismus und Handelsbilateralismus in Ostasien und Lateinamerika.

E-Mail: loewen@giga-hamburg.de, Website: <http://staff.giga-hamburg.de/loewen>.

■ Gegenwärtige Forschung im GIGA zum Thema:

Im Forschungsschwerpunkt 1 wird ein Projekt mit dem Titel „Neopatrimonialismus und seine Auswirkungen in afrikanischen und südostasiatischen Staaten“ initiiert.

■ GIGA-Publikationen zum Thema

- Loewen, Howard (2007): Stabilitätsdefizite der philippinischen Demokratie unter Arroyo, in: *Asien*, Nr. 102, S. 32-46.
- (2006): Demokratie in Gefahr? Eine Analyse des Ausnahmezustands auf den Philippinen, in: *Südostasien aktuell*, Nr. 2, S. 54-69.
 - (2005): Zur Regierungskrise auf den Philippinen – Der Anfang vom Ende eines Regierungssystems?, in: *Südostasien aktuell*, Nr. 5, S. 3-7.
 - (2005): Zivilgesellschaft und Demokratie auf den Philippinen, in: *Südostasien aktuell*, Nr. 2, S. 15-25.
 - (2004): Die Präsidentschaftswahlen in den Philippinen, in: *Asien*, Nr. 93, S. 88-93.
 - (2004): Zur institutionellen Leistungsbilanz der philippinischen Demokratie, in: *Südostasien aktuell*, Nr. 6, S. 551-562.

Das **GIGA German Institute of Global and Area Studies** – Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien in Hamburg gibt *Focus*-Reihen zu Afrika, Asien, Lateinamerika, Nahost sowie zu Globalen Fragen heraus, die jeweils monatlich erscheinen. Der GIGA *Focus* Asien wird vom Institut für Asien-Studien redaktionell gestaltet. Die vertretene Auffassung stellt die des/der jeweiligen Autors/Autorin und nicht unbedingt die des Institutes dar. Download unter www.giga-hamburg.de/giga-focus.

Redaktion: Günter Schucher; Gesamtverantwortlicher der Reihe: Andreas Mehler

Lektorat: Vera Rathje; Kontakt: giga-focus@giga-hamburg.de; GIGA, Neuer Jungfernstieg 21, 20354 Hamburg